

Wortmeldungen liegen mir nicht vor, sodass wir am Schluss der Beratung sind.

Wir kommen zur Abstimmung über die Empfehlung des Ältestenrates, den **Antrag Drucksache 14/9258** an den **Ausschuss für Frauenpolitik** – federführend –, an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** sowie auch an den **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration** zu **überweisen**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Darf ich die Zustimmung der Fraktionen zu dieser Überweisungsempfehlung feststellen? – Ich sehe, das ist der Fall. Die Überweisungsempfehlung ist einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

8 Keine Schießstände an Schulen und Kindertagesstätten

Antrag
der Fraktion der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/9263

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Frau Abgeordneten Beer das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Frau Präsidentin, herzlichen Dank. Sehr geehrte Damen und Herren! Verbliebene Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin Sommer hat nach der jüngsten Gewalttat an einem Gymnasium in St. Augustin davon gesprochen, wie wichtig eine Kultur des Hinsehens ist. Wir haben hingesehen, als uns die ersten Hinweise auf die Problematik erreicht haben: Schießstände in Schulgebäuden oder auf dem Schulgelände, aber auch Schießstände in Kombination mit Kindertagesstätten.

Wir sind aktiv geworden mit einer Kleinen Anfrage, deren Ergebnis auch die Ministerin zu einer direkten Reaktion in der Öffentlichkeit veranlasst hat. Ich möchte ausdrücklich begrüßen, wie konsequent Sie sich zu diesem Thema verhalten und ausgedrückt haben, dass Schießstände an Schulen und Kindertagesstätten nicht möglich sein dürfen,

(Beifall von den GRÜNEN)

dass wir das so nicht mehr hinnehmen wollen und können.

(Minister Karl-Josef Laumann: Wann sind die denn gebaut worden?)

Man muss sich fragen, warum dieser kritische Tatbestand, dass überhaupt Schießstände an Schulen und Kindertagesstätten gibt, nicht früher zu Diskussionen geführt hat. Das sage ich ausdrücklich. Wir

müssen sogar feststellen, dass selbst Politiker/-innen auf der kommunalen Ebene, die so viel näher dran sind, plötzlich aus allen Wolken fallen, wenn Sie feststellen, dass es auch in ihren Schulen solche Kombinationen gibt.

Die gibt es in der Tat schon seit Jahren. Aber heute, Herr Laumann, müssen wir mit einer neuen Sensibilität hinschauen. Das ist notwendig, das ist auch sehr gut so, denn es gibt ein pädagogisches Gebot der Stunde.

(Beifall von den GRÜNEN)

Schießanlagen, Waffen und Munition haben in Schulgebäuden und auf dem Schulgelände, haben in Kindertagesstätten grundsätzlich nichts verloren.

Nach den Aktivitäten der Ministerin gehe ich davon aus, dass wir den Bericht zeitnah vorgelegt bekommen, dass auch die Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden verbindlich stattfinden. Auch das begrüße ich außerordentlich.

Einig sind wir uns sicherlich auch, dass es nicht darum geht, Sportschützen allgemein zu diskreditieren, den Sport oder die Vereinsarbeit grundsätzlich infrage zu stellen. Aber ich erwarte auch gerade von den Sportschützen nach den Ereignissen von Winnenden, nach den Ereignissen von Erfurt, dass sie nicht in eine Wagenburgmentalität verfallen, sondern sich auch mit höchster Sensibilität der Problematik stellen. Robert S. war Mitglied im Erfurter Schützenverein, Tim K. war häufiger Gastschütze im Verein, in dem sein Vater aktiv war.

Noch einmal: Es geht nicht darum, die Schützen zu kriminalisieren. Aber die Schützen müssen wie übrigens auch die Schulträger diese Problematik wahrnehmen und sich ihr stellen. Wir müssen darüber reden,

(Beifall von den GRÜNEN)

dass die Verbindung von Waffen und Schulen weder pädagogisch noch psychologisch sinnvoll ist. Ich kann es auch pointiert zuspitzen: Wer jetzt nicht das Problem mit Schießständen an Kitas und Schulen verstanden hat, der hat den Schuss nicht gehört.

(Beifall von den GRÜNEN)

Kindertagesstätten und Schulen sollen offene und gewaltfreie Orte sein. Da haben Waffen nichts zu suchen. Schulen sind Orte, die nicht mit Waffen in Verbindung gebracht werden sollen. Es kann und darf nicht sein, dass Schüler(inne)n suggeriert wird, es sei normal zu schießen, es sei normal, Waffen zu haben und diese zu benutzen.

Man kann nicht auf der einen Seite den Konsum von Killerspielen problematisieren und auf der anderen Seite reales Schießen auf dem Schulgelände erlauben. Die Hemmschwelle, überhaupt mit Waffen zu agieren, muss so hoch wie möglich sein. Hierauf muss pädagogisch hingearbeitet werden. Da sind

Schießstände an Schulen und Kindertagesstätten das vollkommen falsche Signal.

Sie können sich Bilder einer Gelsenkirchener Grundschule bei SPIEGEL ONLINE anschauen. Da ist das Fenster, durch das man auf die Kinder in die Klasse sieht, und daneben ist das Fadenkreuz am Eingang des Schießsportvereins. Das ist nicht vermittelbar. Nach den Gewalttaten, die wir erlebt haben, dürfen solche Signale auf Schulgeländen nicht mehr vorkommen.

Der zweite Punkt ist der Sicherheitsaspekt. Wir wissen, Einbrüche haben stattgefunden, Waffen und Munition sind entwendet worden. Es gibt diesen sicheren Raum in den Schulen eben nicht. Es darf keine irgendwie geartete Möglichkeit mehr geben, sich Waffen und Munition in unmittelbarer Nähe von Schulen zu besorgen. Wenn es dann häufig auch Luftgewehre sind, beruhigt mich das auch nicht; denn auch damit kann man viel Unglück und Unfug anzetteln.

Wir alle sind von den Amokläufen geschockt. Es hat eine Expertenrunde gegeben, in der deutlich wurde: Wir brauchen mehr Zeit für Beziehungsarbeit in Schulen, wir brauchen viele Bausteine, um näher an dieses Problem heranzukommen.

(Zustimmung von den GRÜNEN)

Aber ein Baustein ist eben auch, in den Schulen keine Schießstände mehr zuzulassen. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Beer. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Kollege Ellinghaus das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Horst-Emil Ellinghaus (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Keine Schießstände an Schulen und Kindertagesstätten“ – auch dieses Thema ist nicht neu. Dass Schulgebäude nach Schulschluss von den Schulträgern an Vereine oder Verbände vermietet werden, hat nicht erst mit Antritt der schwarz-gelben Regierung angefangen – bloß hat das vorher offensichtlich niemanden gestört.

(Zustimmung von der CDU)

Aber, meine Damen und Herren, heute sieht das etwas anders aus. Die Nachricht von Schießständen in Schulgebäuden erhält durch die Ereignisse von Emsdetten, Erfurt und Winnenden eine besondere Brisanz. Das ist überhaupt nicht von der Hand zu weisen. Immerhin ist den Antragstellern zugute zu halten, dass sie die Vorgehensweise der Schulministerin in dieser Sache lobend erwähnen.

Ich stimme an dieser Stelle mit der Schulministerin und dem Deutschen Lehrerverband überein, dass

das Lagern von Waffen und Munition auf dem Schulgelände nicht sein darf. Dennoch, meine Damen und Herren, dürfen wir das Thema nicht zwischen die üblichen parteipolitischen Mühlen bringen. Wir müssen hier sehr sensibel vorgehen.

(Zustimmung von der CDU)

Der Antrag der Opposition kommt auch hier wieder einmal etwas zu spät; denn das Problem ist erkannt, und die von Ihnen geforderten Maßnahmen werden bereits durchgeführt oder sind eingeleitet. Diese will ich kurz zusammenfassen:

Erstens. Wie in der Presse bereits verlautbart, hat das Schulministerium angeordnet, die Verortung der ca. 5.600 Schießstände im Lande zu überprüfen. Hier wird das Ministerium mit den Kommunen und den Kreispolizeibehörden zusammenarbeiten. Ich habe keinen Zweifel daran, dass das Ministerium die Ergebnisse zeitnah vorlegen wird.

Zweitens. Ministerin Sommer kann die Verlagerung von Schießständen aus den Schulgebäuden nicht mal eben en passant anordnen, da sie dort nicht über das Hausrecht verfügt. Träger der Schulen sind zum größten Teil immer noch die Kommunen. Wenigstens das haben Sie in Ihrem Antrag aber richtig dargestellt.

Ziel kann es seitens der Landesregierung deshalb nur sein, die Träger zu einer freiwilligen Verpflichtung zu bewegen, zukünftig keine Schießstände mehr in den Schulgebäuden unterzubringen. Mit Blick auf die bestehenden Schießstände gibt es eigentlich nur zwei Handlungsmöglichkeiten: entweder die Auslagerung von Waffen und Munition aus den Schulgebäuden und von den Geländen der Kindertagesstätten an einen anderen, aber gleichwohl ausreichend gesicherten Ort oder die konkrete Prüfung einer Verlagerung des gesamten Schießstands.

(Zustimmung von der CDU)

Es versteht sich aber von selbst: Vertragliche Vereinbarungen und die natürlich aus einer möglichen Verlagerung entstehenden Kosten sind hierbei ebenfalls zu berücksichtigen.

(Zustimmung von der CDU)

Bei einer möglichen Verlagerung von Schießständen ist ebenfalls zu bedenken, dass dann andere Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden müssen. Dies könnte besonders im ländlichen Raum schwierig werden. Deshalb ist es von großer Bedeutung, dies im gemeinsamen Gespräch und in gemeinsamer Abstimmung mit den Schützenverbänden, den Lehrerverbänden sowie den kommunalen Spitzenverbänden zu lösen.

Drittens. Unabhängig von der hier dargestellten Problematik dürfen wir die Schützenvereine und die Sportschützen nicht in die sprichwörtliche Schmutzlecke stellen.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Vereine leisten auch eine wichtige und hervorragende Jugendarbeit. Mit den sportlichen Leistungen der Sportschützen schmückt man sich gelegentlich ja auch ganz gerne.

(Zustimmung von der CDU)

Und: Die Schützenvereine tragen maßgeblich dazu bei, dass das Schützenwesen eine lebendige Tradition in unserem Lande bleibt.

(Zustimmung von Minister Karl-Josef Laumann)

Zusammengefasst: Im Interesse der Sicherheit für die Schüler und die Lehrer unterstützen wir die notwendigen Kontrollen. Wir setzen auf Verantwortung vor Ort und nicht auf zentralistische Steuerung wie beispielsweise die Grünen. Erst recht werden wir dabei nicht mitmachen, die Sportschützenvereine an den Pranger zu stellen.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Sigrud Beer [GRÜNE])

– Bitte keine Zwischenfrage, Frau Beer.

Im Übrigen haben Sie selbst in Ihrer Kleinen Anfrage zu diesem Thema festgestellt, dass es keinen Zusammenhang zwischen Vorhandensein von Schießständen an Schulen und irgendwelchen Amokläufen gibt.

(Beifall von der CDU)

Viertens. Die Prüfung und, wenn nötig, die Verbesserung von bestehenden Sicherheitsmaßnahmen ist genau das, was wir von den Vereinen und Kommunen erwarten. Es muss unter allen Umständen verhindert werden, dass Sicherheitslücken entstehen und so Waffen und Munition in falsche Hände geraten.

Zum Schluss will ich eines aber nicht unerwähnt lassen. Es war ausgerechnet in Gelsenkirchen vor einer Woche, als ein Schuldezernent mit grünem Parteibuch dem Stadtrat empfahl, für den Ausbau einer Schießanlage von fünf auf zehn Bahnen 35.000 € zur Verfügung zu stellen. Das kann es ja auch nicht sein.

(Zustimmung von der CDU)

Noch wenige Tage zuvor hatte derselbe Schuldezernent gegenüber der „WAZ“ erklärt, er würde Schießstände in den Schulen nicht mehr befürworten. Vielleicht sollten Sie mit diesem Parteikollegen mal ein klärendes Gespräch führen.

Meine Damen und Herren, Ihr Antrag beinhaltet zwar eine wichtige Problematik, deren Lösung sich die Landesregierung aber schon längst angenommen hat. Daher wird es Sie nicht wundern, dass wir Ihrem Antrag heute nicht zustimmen können. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Ellinghaus. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD der Kollege Stotko das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Stotko^{*)} (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beschäftigen uns heute mit einem Thema, das verständlicherweise mit viel Emotion und manchmal leider auch mit etwas wenig Sachlichkeit diskutiert wird, nämlich mit dem Sportschützentum in den Kellern von Schulen. Wir sind ausdrücklich dankbar für den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, mit dem richtigerweise der Versuch gemacht wird, sowohl die Kommunen als auch die Landesregierung in die Pflicht zu nehmen. Wir möchten aber auch sagen, dass es hier nicht darum gehen kann, Sportschützen zu kriminalisieren und als Attentäter abzustempeln.

(Beifall von der SPD)

Dort, wo Sportschützen verantwortungsvoll mit Waffen und Munition umgehen, sind sie Sportler und nichts anderes. Zahlreiche und sehr viele Vereine verhalten sich seit Jahrzehnten vorbildlich mit den Waffen und der Munition. Das muss hier noch einmal ganz deutlich zu deren Ehrenrettung gesagt werden.

(Beifall von der SPD)

Aber natürlich müssen auch wir uns fragen – nicht nur nach den Vorfällen an den einzelnen Orten –, ob die Sportler tatsächlich in unseren Schulen trainieren müssen, während sich die Eltern um ihre Kinder sorgen. Finden wir in Städten vielleicht andere Orte, an denen diesem Sport nachgegangen werden kann? Dabei darf man sicherlich auch nicht außer Acht lassen, dass es im großstädtischen Bereich vielleicht einfacher ist, einen Sportverein unterzubringen, als im ländlichen Raum, in dem städtische Gebäude klassischerweise einer Mehrfachnutzung unterworfen werden müssen, damit Vereine überhaupt eine Möglichkeit haben, tätig zu sein. Das muss man bei den weiteren Gesprächen nach unserer Einschätzung sicherlich auch berücksichtigen.

Wir reden aber auch über eine Selbstverpflichtung, und zwar nicht nur der Kommunen und Kreise sowie auch der Sportschützen, die Besorgnis der Eltern ernst zu nehmen. Deshalb muss, wie auch meine Vorredner richtigerweise gesagt haben, sichergestellt sein, dass Waffen und Munition an diesen Stellen getrennt voneinander ordnungsgemäß und sicher gelagert sind, wenn das überhaupt erforderlich ist, damit so etwas, was in Gelsenkirchen vorgekommen ist, nämlich ein Diebstahl von Waffen und Munition, ausgeschlossen ist. Auch da sind unsere Kreispolizeibehörden bzw. Polizeipräsidien gefragt.

Deshalb ist es umso wichtiger, dass sich die Betroffenen nun an einen Tisch setzen und der Versuch

gemacht wird, zwischen den berechtigten Interessen der Eltern und den Wünschen der Tausenden von aktiven Sportlern einen Ausgleich zu finden. Wir als SPD-Fraktion unterstützen hier vorbehaltlos die Forderung, zeitnah Schießstände weder in Schulgebäuden noch in Kindertagesstätten unterzubringen. Dazu wäre es jedoch erforderlich, dass das Land Nordrhein-Westfalen endlich das Heft in die Hand nimmt. Frau Ministerin, das ist eigentlich das traurigste Ergebnis dieser Diskussion: Sie haben bis heute herzlich wenig getan.

Die Kleine Anfrage von Frau Düker und Frau Beer von Bündnis 90/Die Grünen ist von Anfang März. Sie können der Öffentlichkeit heute – Ende Mai, nach zweieinhalb Monaten – aber noch immer nicht sagen, wie viele Schießstände es an Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden gibt. Sie können noch immer nichts zu der Frage sagen, wie das in unserem Land geregelt werden soll. Damit lassen Sie letztendlich die Eltern wie auch die Schützen und ihre Vereine alleine.

(Beifall von der SPD)

Das ist eine Sache, die für uns als SPD-Fraktion unerträglich ist. Ich will Ihnen das auch deutlich sagen: Sie haben erst jetzt, nämlich am Sonntag, nachdem der Antrag auf die Tagesordnung gekommen war, angefangen, sich in der Presse dazu zu äußern und Ihre Forderung aufzustellen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dazu will ich Ihnen sagen: Die Forderung, die Sie aufstellen, nämlich „Schießstände raus aus den Schulen“ – das hat Ihr Kollege von der CDU gerade schon richtigerweise bemerkt –, können Sie doch gar nicht erfüllen. Sie können doch nur appellieren. Das müssen Sie den Leuten draußen aber auch sagen: dass Sie nur appellieren können und dass die Kommunen und Schützen eine Lösung finden müssen. Sie hatten seit zweieinhalb Monaten, seit der Kleinen Anfrage die Möglichkeit, dies zu tun.

Nach dem Vorfall in Emsdetten im November 2006 haben Sie der „Welt“ in einem Interview gesagt: Das Wichtigste ist, dass sich keiner verlassen fühlt. – Es wäre schön, wenn sich die jetzigen Sportschützen, Eltern und Kinder ebenfalls nicht verlassen fühlen würden. Sie haben die Chance, nun kurzfristig und schnell und nicht klassischerweise – wie Herr Minister Wolf – zeitnah und dann über Monate hinweg die Öffentlichkeit und die besorgten Eltern zu informieren. Agieren Sie endlich! Machen Sie endlich etwas! Das Schönste wäre, Sie unterstützten heute – wie auch wir – den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen. – Schönen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Stotko. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der FDP Frau Abgeordnete Pie-

per-von Heiden das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Danke, Frau Präsidentin. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag der Grünen ist überflüssig, weil die Landesregierung im Rahmen ihrer Zuständigkeit bereits handelt. Diesen Antrag bringen Sie, Frau Asch und Frau Beer, nur ein, damit sie ihn über Ihren Verteiler unter das Volk bringen können. Das ist ein typischer Schnellschuss.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Wir hatten eine Kleine Anfrage gestellt!)

Um eines ganz klar vorwegzunehmen: Waffen und Munition haben in Kindertagesstätten und Schulen nichts, aber auch gar nichts verloren. Grundsätzlich gilt: Waffen und Munition müssen immer unter strikter Berücksichtigung aller Sicherheitsaspekte aufbewahrt werden.

Meine Damen und Herren, allerdings sollten wir uns bei den Schießständen davor hüten, einen politischen Schnellschuss abzufeuern, statt mit der abschließenden Beurteilung abzuwarten, bis die Auswertung der von der Landesregierung auf den Weg gebrachten Erhebung, an wie vielen und welchen Schulen es Schießstände gibt, erfolgt ist.

Meine Damen und Herren, erst dann können wir bewerten, ob und in welcher Weise es politischen Handlungsbedarf gibt.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Diese Frage ist unabhängig von der Aufbewahrung von Waffen und Munition zu beantworten. Aber die Grünen wären nicht die Grünen, wenn sie nicht versuchen würden, die Landesregierung im Voraus schon einmal für alles in Haftung zu nehmen und für zuständig zu erklären.

Im Übrigen zeigt die Tatsache, dass Schießstände offenbar zum Teil bereits seit mehreren Jahrzehnten auch in Schulgebäuden existieren und den Grünen mal wieder dann etwas als problematisch erscheint, wenn sie selber keine Verantwortung mehr tragen, dass Sie auch nicht davor zurückschrecken, gleich ganze Gesellschaftsgruppen in Kollektivhaftung zu nehmen.

(Beifall von der FDP)

Das hat Frau Beer zwar eben relativiert, aber dennoch: Davor sollten wir uns auf jeden Fall hüten.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie wollen doch nur nicht zugeben, dass Sie eigentlich zustimmen würden!)

Diese Vereine leisten auch wertvolle Jugendarbeit.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Offenkundig ist, dass die Grünen dieses Thema zu diesem Zeitpunkt für einen populistischen Aufschlag

nutzen, ohne erst einmal die Erhebung und ihre Auswertung abzuwarten. Das aber wäre seriös, Frau Beer. Wir warten zunächst ab und werten aus. Und dann sehen wir weiter.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Das ist ein seriöser Umgang mit dieser gesamten Thematik, die eine sensible Thematik ist. Erst erheben, dann auswerten, und dann weitersehen. Das ist die richtige Reihenfolge. – Danke.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Pieper-von Heiden. – Als nächste Rednerin hat für die Landesregierung Frau Ministerin Sommer das Wort. Bitte sehr, Frau Ministerin.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe gedacht, diese Thematik ist eine, die sich sicherlich nicht für Wahlkämpfe eignet, die sich, weil sie sehr sensibel ist, auch nicht dafür eignet, sich aggressiv auseinanderzusetzen. Darum, sehr geehrter Herr Stotko, bin ich ausgesprochen unangenehm berührt von Ihrem Angriff, den ich unverhältnismäßig finde.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, auf der einen Seite, Herr Stotko, sagen Sie, dass ich in meiner Funktion als Schulministerin nicht mehr tun kann, als einen Appell auszusprechen. Auf der anderen Seite aber fragen Sie, warum ich bisher eigentlich nicht mehr getan habe.

Lieber Herr Stotko, ich frage Sie: Was hat es denn eigentlich vor 2005 gegeben? Darf ich Sie daran erinnern – nur ein kleines Beispiel –, was Sie getan haben, als Sie 2002 davon erfahren haben, dass es eine Auseinandersetzung in der Stadt Mülheim gibt, wo in einem Gymnasium ebenfalls in einem Kellerraum eine Schießanlage eingerichtet worden war? Ich kann Ihnen noch weitere Beispiele nennen. Ich würde an Ihrer Stelle den Mund bei diesem Thema nicht so voll nehmen.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, Schule ist ein lebendiger und zukunftsfähiger Ort. Wenn sie das weiterhin bleiben will, wenn sie sich weiter entwickeln will, dann brauchen wir die Unterstützung vieler. Wir brauchen die Unterstützung von der Wirtschaft, vom Handwerk, wir brauchen die Unterstützung von Kirchen, und selbstverständlich brauchen wir auch die Unterstützung von Vereinen. Ganz besonders intensiv wird das in unseren Ganztagschulen praktiziert. Da haben die Vereine eine ganz besonders wichtige Funktion – selbstverständlich auch die Schützenvereine.

Ich habe auch keine Vorbehalte gegen den Schießsport. Besonders unsere traditionellen Schützenvereine leisten, was soziale und kulturelle Arbeit anbelangt, eine wirklich hervorragende Arbeit, gerade auch für unsere jungen Menschen.

(Beifall von CDU und FDP)

Aber: Ich halte es für bedenklich, wenn dieser Sport in Gebäuden stattfindet, in denen unsere Kinder und unsere Jugendlichen unterrichtet und erzogen werden,

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

wenn er, wie wir wissen, beispielsweise in Aachen in einer Kindertagesstätte ausgeübt wird.

Schießsport – ich glaube, darüber sind wir uns alle einig – ist nicht dasselbe wie Fußball spielen, Billard spielen oder auch Schach spielen. Was noch vor Jahren möglicherweise toleriert wurde und in Ordnung war, ist es heute angesichts der Sensibilität dieses Themas sicherlich nicht mehr.

Es ist richtig, dass der Schulträger als Eigentümer der Schulgebäude die Entscheidung über die Einrichtung solcher Anlagen trifft. Die Einhaltung der Sicherheitsauflagen wird von den Polizeibehörden überprüft. Das Schulministerium ist nicht beteiligt und hat keine Möglichkeiten der direkten Einflussnahme. Das hat auch Herr Ellinghaus schon gesagt.

Wie unsere ersten Recherchen ergeben haben, hat es Diebstähle an Schießständen in unseren Schulen bereits gegeben. Einen Fall habe ich erwähnt. In Gelsenkirchen, das habe ich auch schon genannt, sind im Januar 2005 bei einem Einbruch 24.000 Schuss Munition sowie Waffen entwendet worden. Ein ungeheuer schlagkräftiges Potenzial!

Erst am vergangenen Sonntag, nämlich in der Nacht vom 24. auf den 25. Mai, wurde in das Vereinsheim des Schützenvereins in Langenfeld eingebrochen. Unbekannte Einbrecher erbeuteten eine Kleinkaliber- und eine Großkaliberpistole. Das konnte geschehen, obwohl die Waffen allem Anschein nach vorschriftsmäßig in einem vergitterten Raum und dort im Tresor untergebracht worden waren. Was, meine Damen und Herren, hätte es für einen öffentlichen Aufschrei gegeben, wenn dieser Diebstahl mit einer Schule in Verbindung gebracht worden wäre?

(Beifall von den GRÜNEN)

Ein weiteres Argument gegen Schießanlagen in Schulen ist eine bundespolitische Debatte. Dort wird häufig gefordert, dass Waffen und Munition aus Sicherheitsgründen nicht mehr zu Hause, sondern bei den Vereinen untergebracht werden sollen. Damit könne man unsachgemäßer Lagerung entgegenwirken. Wenn es zu einer solchen Lösung kommen würde, hieße das gleichzeitig, dass wieder mehr Waffen in den Schießständen eingelagert würden, auch in Schulen.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Meine Damen und Herren, es kann doch niemand ernsthaft wollen, dass unsere Schulen zu Waffenkammern werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich habe die Präsidentin gehört. Vieles ist bereits gesagt. Die Opposition der Grünen fordert, dass wir Gespräche führen. Ich kann Ihnen heute versichern: Das erste Gespräch mit den kommunalen Spitzenverbänden wird am 9. Juni stattfinden. Ebenso selbstverständlich ist es – das ist auch im Interesse unserer Schulen wichtig –, dass wir bis dahin eine genaue Auflistung der Schießstände an Schulen haben werden, sodass ich sagen kann: Die Forderung, die Sie aufgestellt haben, haben wir bereits umgesetzt.

Ich denke, meine Damen und Herren,

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

wir werden gemeinsam mit den Vereinen, die ich eben noch einmal deutlich wertgeschätzt habe, eine konstruktive Lösung für die Zukunft finden. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU, FDP und Sigrid Beer [GRÜNE])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Es hat sich für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen noch einmal Frau Abgeordnete Beer zu Wort gemeldet, die hiermit auch das Wort bekommt. Bitte schön.

Sigrid Beer (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich muss feststellen, dass die Ministerin während ihrer Rede so gut wie keine Zustimmung von den Regierungsfractionen erfahren hat.

(Widerspruch von CDU und FDP- Zustimmung von GRÜNEN und SPD)

Ich will ihr ausdrücklich unsere Unterstützung bei ihren Gesprächen zusagen. Ich bin mir auch sicher, dass unser Antrag sehr hilfreich war, um den Termin mit den kommunalen Spitzenverbänden konkret und zeitnah festzulegen und auch die Berichtlegung zeitnah hinzubekommen.

Ich möchte Ihnen nun Folgendes vorstellen: Wir beantragen getrennte Abstimmung. Wir möchten, dass die Ministerin die größtmögliche Zustimmung und Unterstützung für das Anliegen erhält. Das heißt, dass die erste Abstimmung folgende Punkte betrifft: „Der Landtag stellt fest: Es ist schulpolitisch wünschenswert, dass Schießstände nicht in Schulgebäuden untergebracht sind.“ Das ist auch Aussage der Ministerin. Gleiches gilt für die Kindertagesstätten. In der zweiten Abstimmung sollen die Punk-

te zur Berichtslegung und zum Termin entschieden werden.

Sie haben also die Möglichkeit, die Ministerin in dem Anliegen jetzt gemeinsam zu unterstützen. Ich lade Sie dazu ein, in der ersten Abstimmung zuzustimmen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Beer. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Damit können wir zur Abstimmung kommen. Die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat direkte Abstimmung beantragt und gerade durch die Frau Abgeordnete Beer auch getrennte Abstimmung, wenn ich das richtig verstanden habe, über den letzten und den vorletzten Absatz beantragt. Was ist der erste Teil? – Der erste Absatz zu den Forderungen an die Landesregierung. Okay.

Wer in dem Antragsteil „Der Landtag fordert die Landesregierung auf“ dem ersten Abschnitt zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE] meldet sich zur Geschäftsordnung.)

– Wir sind in einer Abstimmung, Frau Löhrmann.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Ich wollte Sie bitten, Frau Präsidentin – Frau Beer hat über die Seiten gesprochen –, einzeln über folgende Punkte abzustimmen zu lassen:

Erste Abstimmung über die erste Forderung unter „Der Landtag stellt fest“: „Es ist schulpolitisch wünschenswert, dass Schießstände nicht in Schulgebäuden untergebracht sind.“

Zweite Abstimmung: „Der Landtag unterstützt die Schulministerin in ihrem Anliegen, ...“

Dritte Abstimmung: über den Gesamttext und den Forderungskatalog.

(Ralf Witzel [FDP]: Eben waren zwei beantragt! Sie müssen sich schon entscheiden!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Löhrmann, für die Präzisierung. Das liegt vielleicht auch daran, dass „Der Landtag stellt fest“ in einen Text hineingerutscht ist und der Umbau nicht gelungen ist.

Wir stimmen über den Antrag Drucksache 14/9263 zunächst in Einzelabstimmung ab. In der **Passage „Der Landtag stellt fest“** lasse ich über den **ersten Absatz** abstimmen. Wer diesem Absatz zustimmen möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Gegen-

stimmen? – Das sind die Mitglieder der Fraktionen von CDU und FDP. Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Abwesenheit des Abgeordneten Sagel.
Abgelehnt.

Ich lasse ferner über den **zweiten Absatz** unter „Der Landtag stellt fest“ auf Seite 1 abstimmen. Wer diesem Abschnitt zustimmen möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der zweite Abschnitt hat die Zustimmung der Abgeordneten der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Gegenstimmen von Abgeordneten von CDU und der Fraktion der FDP und keiner Enthaltung. Ebenfalls **abgelehnt.**

Ich lasse dann über die **Forderungen** an die Landesregierung **insgesamt** abstimmen. Wer den Forderungen an die Landesregierung zustimmen möchte, den bitte ich, die Hand zu heben. – Das sind die Mitglieder der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP. Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Der Abgeordnete Sagel ist nicht anwesend. **Ablehnung.**

Abschließend lasse über den Gesamtantrag abstimmen. Wer dem **Antrag Drucksache 14/9263** zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der SPD. Gegenstimmen? – Die Abgeordneten der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP. Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag **abgelehnt.**

Wir kommen zu:

9 Rechtssicherheit der Daseinsvorsorge langfristig sichern

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/9200

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion der SPD dem Abgeordneten Kuschke das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Kuschke.

Wolfram Kuschke (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich darf mit Ihrer Erlaubnis zitieren:

Die Daseinsvorsorge ist in Deutschland ein wesentlicher Bestandteil der sozialen Marktwirtschaft.

Das ist der erste Satz aus dem Vorwort von Minister Krautscheid zur Veröffentlichung „Die Daseinsvorsorge im Spannungsfeld von europäischem Wettbewerb und Gemeinwohl“. Wenn ich das richtig gesehen habe, wird Herr Minister Lienenkämper,

der im Raum ist, gleich für die Landesregierung Stellung nehmen. Ich bitte, Minister Krautscheid auszurichten, dass ich ihn zitiert habe. Einer der Mitarbeiter, die maßgeblich an dieser Veröffentlichung gearbeitet haben, ist im Raum, und ich will noch mal deutlich sagen: Wir halten diese Veröffentlichung für außerordentlich loblich und hilfreich in der Debatte um die Daseinsvorsorge.

Aber an anderer Stelle des Vorworts heißt es:

Das Anliegen der Landesregierung ist es, den Binnenmarkt und die Daseinsvorsorge in kommunaler Verantwortung besser in Übereinstimmung zu bringen, als es derzeit der Fall ist.

Dagegen kann man auch nichts sagen. Nur: Das Problem beginnt damit, dass in diesem Satz ein Spannungsfeld angedeutet wird. In Übereinstimmung gebracht werden sollen Binnenmarkt und die Ansprüche aus der Daseinsvorsorge. Da muss man politisch gewichten und sich entscheiden, wohin sich die Waagschale neigen soll.

Da haben wir berechtigte Zweifel – nicht bei Herrn Krautscheid, aber bei der Landesregierung insgesamt und insbesondere bei der Regierungsfraktion FDP –, ob die Landesregierung bei einer solchen Gewichtung zugunsten der Daseinsvorsorge mitmachen würde.

Das soll meine zweite Anmerkung sein. Das ist nicht aus der Luft gegriffen, sondern das beruht auf Erfahrung, die wir in den politischen Debatten in den vergangenen Monaten und Jahren gemacht haben. Denn das Handeln der Landesregierung bei der Änderung von § 107 Gemeindeordnung oder die Vorgehensweise der Landesregierung bei der Novellierung des Sparkassengesetzes machen ganz deutlich, dass sie es eben mit der Frage der Daseinsvorsorge nicht so ernst nimmt.

(Beifall von der SPD – Bodo Wißen [SPD]:
So sind sie!)

Dritter Punkt: Wie wichtig ist das Handeln der Landesregierung, der Länder und der Bundesrepublik Deutschland in diesem Zusammenhang? – Diese Veröffentlichung, die ich bereits mehrfach angesprochen habe, ist bei einer Veranstaltung der Staatskanzlei vorgestellt worden. Dort war auch die Kollegin Hieronymi aus dem Europäischen Parlament anwesend. Sie hat sinngemäß vorgetragen, als ein bisschen kritisch nachgefragt wurde: „Was macht ihr in Brüssel im Europaparlament oder in der Kommission?“. Wir haben nicht mehr so viel damit zu tun, sondern das ist jetzt Angelegenheit des Ministerrates, also der Mitgliedstaaten, dort vorstellig und aktiv zu werden. – Das bekräftigt, wenn wir die Kollegin Hieronymi an dieser Stelle ernst nehmen, wie wichtig es ist, dass die Landesregierung ein klares Handeln an den Tag legt.

Vierte Anmerkung: Ich will für uns noch mal ausdrücklich formulieren: Für öffentliche Dienstleistung-